



24.10.1929

Weltwirtschaftskrise

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Marktwirtschaft angekurbelt. Kriegsschäden wurden repariert, die Wirtschaft erholte sich wieder und der Handel entwickelte sich. Unternehmer schauten voller Zuversicht in die Zukunft. Viele angesehene Ökonomen glaubten, dass eine längere Wohlstandsperiode in Sicht sei.



In einigen wichtigen Volkswirtschaften blieb jedoch das Einkommen von Millionen Menschen immer mehr hinter dem Produktions- und Produktivitätswachstum. Es gab klare Anzeichen der Überproduktion. Immer mehr Leute benutzten geliehenes Geld, um Konsumgüter zu kaufen oder um an der Börse zu spekulieren. Viele Länder hatten hohe Auslandsschulden. Aktienkurse stürzten ab. Die Besitzer wollten sie möglichst schnell loswerden. Ausländische Kredite wurden zurückgezogen, was die Krise noch verschärfte und sie zu einem internationalen Problem machte.



Der 24. Oktober 1929 ist in die Geschichte als „Schwarzer Donnerstag“ eingegangen. Das war der Tag des Crash an der New Yorker Börse. Was folgt, ist eine Pleitewelle. Die Wirtschaft antwortete durch Produktions- und Beschäftigungseinschränkung und Kostensenkung. Amerikanische Industrieproduktion ist bis 1931 um die Hälfte gesunken. Die Verbrauchernachfrage ging zurück, Investitionsprojekte wurden gestoppt, Arbeitslosigkeit stieg.

Die Krise wurde zu einem Teufelskreis. Kleine Hersteller mussten ihre Preise senken, sie konnten die Verluste aber nicht durch Verkauf von mehr Produkten kompensieren. Große Gesellschaften entließen ihre Angestellten und senkten Kosten. Das hatte noch niedrigere Löhne und geringere Nachfrage zur Folge. Auch in der Landwirtschaft gab es eine starke Überproduktion. Die Preise sanken dort noch stärker als in der Industrie. Das führte zu einer massiven Bauernverarmung. Alle Länder ergriffen Maßnahmen, um ihre Einfuhr zu sinken und Ausfuhr zu steigern, was sie durch niedrigere Preise ihrer Produkte erreichen wollten. Das Ergebnis war jedoch Rückgang der ausländischen Nachfrage. Der Wirtschaftsabschwung verschärfte die Demokratiekrise. Radikale politische Lösungen fanden immer mehr Unterstützer.

Am Anfang hofften die Politiker, dass der Marktmechanismus die Krise bewältigen werde und zwar so, dass niedrigere Preise mehr Kunden anzögen und niedrigere Löhne zu einer verstärkten Nachfrage nach Arbeitskräften führten. Es war aber nicht der Fall und in der Weltwirtschaft fing die Periode der

staatlichen Intervention an. Der britische Ökonom John Maynard Keynes war der Autor der ersten ausführlichen Theorie des Interventionismus. Die staatliche Intervention in die Wirtschaft kann verschiedene Formen haben. Die Regierung kann beispielweise Wechselkurse ändern, Steuern erhöhen oder senken und Zinssätze beeinflussen.

Sie kann aber auch gegen das größte Problem der Krise – Arbeitslosigkeit – durch Arbeitslosengeld, öffentliche Arbeiten, staatliche Darlehen und öffentliche Beschaffung kämpfen. Solche Maßnahmen führen jedoch zu Haushaltsdefiziten, die unter Politikern in den 1930er Jahren nicht beliebt waren. Die extremste Form der staatlichen Intervention ist, wenn der Staat selbst ein Unternehmer wird oder sogar die ganze Wirtschaft verwaltet, wie es in einigen sozialistischen oder kommunistischen Staaten ist.

In den USA hat der Staat angefangen, in die Wirtschaft direkt einzugreifen und sie in bisher nicht gekannter Weise zu regulieren. Im März 1933 hat die Regierung von Franklin Delano Roosevelt ein Programm aufgesetzt, das die Krise bekämpfen sollte und ein Jahr vorher unter dem Namen „New Deal“ angekündigt wurde. Roosevelt war stark beeinflusst von einer Beratergruppe, die als „Brains Trust“ bekannt war. Seine oft improvisierte Politik zielte vor allem auf Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen und Reformen ab. Ihre Auswirkungen werden immer noch diskutiert, sie hat aber bestimmt einen Wirtschaftsaufschwung ermöglicht. Obwohl Roosevelts Politik auch seine Gegner hatte und nicht immer konsistent war, erfreute sich sein „New Deal“ einer immer mehr wachsenden Beliebtheit. Die Produktion erholte sich, aber die Arbeitslosigkeit sank beträchtlich erst während des Zweiten Weltkriegs.

Die Lage in Deutschland war anders. Die Weltwirtschaftskrise trug zur Beliebtheit deutscher Nazis bei. 1933 kam Hitler an die Macht. Die deutschen Nazis kurbelten die Nachfrage und Beschäftigung durch Staatsausgaben an, vor allem in der Rüstungsindustrie. Privatwirtschaft war nicht verboten, aber die Interessen einzelner Wirtschaftssektoren waren oft den Interessen des Staates untergeordnet. Die umfassende staatliche Intervention half, die Krise zu bewältigen. Seit 1933 klingt die Krise allmählich ab und in den Jahren 1935 – 1937 erreicht die Produktion in den meisten entwickelten Ländern das Niveau vor Ausbruch der Krise. Staatliche Intervention wurde zu einem wichtigen Aspekt der kapitalistischen Marktwirtschaft.



Prof. Wojciech Roszkowski



References: